



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 13. September 2021  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **P 442 Postulat Steiner Bernhard und Mit. über die bessere Einbindung der Haus- und Kinderärzte in die Bekämpfung der Corona-Pandemie / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Bernhard Steiner hält an seinem Postulat fest.

Bernhard Steiner: Mit der Corona-Pandemie wurde die Welt buchstäblich auf den Kopf gestellt. Damit meine ich nicht nur die gravierenden wirtschaftlichen, psychologischen, medizinischen und menschlichen Schicksale und Tragödien, sondern auch den politischen Umgang mit medizinischen Fragestellungen. Plötzlich treffen jetzt primär Regierungen und Beamte medizinische Entscheide, obwohl sie keinen direkten Bezug zur hausärztlichen und spitalärztlichen Tätigkeit haben. Im Rahmen des Epidemiengesetzes und der Umsetzung in den Kantonen werden nämlich den Spital-, Haus- und Kinderärzten keine mittragenden Rollen zugesprochen. Demgegenüber haben Haus- und Kinderärzte aber im Kanton Luzern eine klar definierte Mitwirkungs- und Meldepflicht, sie müssen in ihren Praxen zum Beispiel aufwendige Sicherheits- und Hygienekonzepte umsetzen und Pflichtlager für medizinische Güter wie Masken und Desinfektionsmittel führen. Die Praxisarbeit der Ärzte und des Praxispersonals war während der verschiedenen Corona-Wellen eine grosse Herausforderung. Es wurden beispielsweise Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Ältere medizinisch beurteilt, beraten, psychologisch unterstützt und mit sachlichen Informationen über das Coronavirus versorgt. Die Haus- und Kinderärzte haben selber zahlreiche Corona-Tests durchgeführt und Impfungen organisiert und sind mitverantwortlich für die Ausstellung der Covid-Zertifikate – das alles notabene nebst der allgemeinen Grundversorgung. Vieles hätte man hier besser machen können: Die Testzentren wurden primär in den bevölkerungsreichen Gebieten des Kantons aufgestellt. Die Landschaft wurde erst in zweiter Priorität behandelt, obwohl die Ärzteschaft in verschiedenen Regionen interveniert hat. Die Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren konnten dort aber auch gar nicht getestet werden. Das heisst wenn das Contact-Tracing-Center Familien beraten hat, wussten sie gar nicht, welche Kinder- oder Hausärzte die Tests auch anbieten, welche sie in Eigenregie organisieren und hocheffizient durchführen können. Auch die Organisation der Corona-Impfungen war aus Sicht der Hausärzte unbefriedigend, und auch hier hätte man im Abgleich mit den Hausärzten einiges verbessern können. Vielleicht erinnern Sie sich noch an meinen Vorstoss betreffend die FFP2-Masken, welcher einstimmig überwiesen wurde, aber leider erst zehn Monaten nach Pandemiebeginn. Es gibt ein Sprichwort: Vier Augen sehen mehr als zwei. Auf die Corona-Pandemie bezogen könnte man dieses so umformulieren: Beamte würden durchaus vom komplexen medizinischen Verständnis der Ärzteschaft bei ihren Entscheiden profitieren können. Die Aufarbeitung der Corona-Pandemie ist noch nicht zu Ende, und die nächste Pandemie wird sicher folgen. Darauf sollten wir vorbereitet sein. Ich halte deshalb an meinem Postulat fest.

Melanie Setz Isenegger: Bernhard Steiner spricht in seinem Postulat einige Punkte an, auf die auch die SP wiederholt hingewiesen hat und die uns ein Anliegen sind. Da wir aber nicht alle Punkte vorbehaltlos unterstützen, gehe ich noch auf einige ein. Zum Contact-Tracing: In unseren Augen wird im Vorstoss etwas vermischt: einerseits das Contact-Tracing als Rückverfolgung der Kontaktketten und andererseits die Kontaktaufnahme einer Stelle mit positiv Getesteten und den Menschen in Quarantäne und Isolation. Dass das Contact-Tracing im Kanton Luzern nicht immer reibungslos funktioniert, darauf hat die SP mehrmals hingewiesen. Ob dies aber bei den Grundversorgern besser angegliedert wäre, bezweifeln wir. Wir denken, dass es wichtiger wäre, wenn der Kanton sehr schnell und pragmatisch Leute anstellen, sehr gut schulen und verbindlich coachen würde und diese dann das Contact-Tracing inklusive der regelmässigen Nachfragen konsequent durchführen können. Auch medizinisch geschulte Personen könnten beigezogen werden, um eine gute Betreuung während der Isolation und Quarantäne zu gewährleisten. Aber das muss unbedingt von einer Stelle aus laufen. Es ist zudem wie gefordert unabdingbar, rasch und unkompliziert die verschiedenen Player in einer Taskforce einzubinden. Das ist aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort auf die Anfrage A 285 von Jasmin Ursprung im Mai 2020 schon dargelegt, dass die wichtigsten Institutionen vertreten seien. Offenbar zählten die Kinderärztinnen nicht dazu. Spätestens mit dem Aufschrei wegen der Testung von Kindern mittels Nasen- und Rachenabstrich wurde es aus unserer Sicht nötig, diese einzubeziehen. Die Antwort des Regierungsrates zum Datenaustausch ist in unseren Augen sehr vorsichtig bewahrend. Mit der zunehmenden Digitalisierung und im Hinblick auf das elektronische Patientendossier muss es möglich sein, den Datenaustausch mit den Grundversorgern zu gewährleisten. Der Kanton Luzern und auch die Haus- und Kinderärzte sind hier gefordert. Hier stellen wir teilweise auch fest, dass die Haus- und Kinderärztinnen in Bezug auf den digitalen Datenaustausch noch nicht flächendeckend auf dem neusten Stand der Technik sind. Bezüglich Schutzmaterialien sind wir in der Fraktion etwas gespalten. Wer welches Schutzmaterial wo lagern soll, müsste aber wenigstens beispielhaft dargelegt werden. Für grössere Institutionen mag eine Schutzmaterialbeschaffung und -lagerung unproblematisch sein. Für kleinere Institutionen oder Leistungserbringende wie Hausärztinnen, Hebammen oder Pflegefachpersonen dürfte dies eine grössere Herausforderung werden. Die Haus- und Kinderärztinnen sind zusammen mit den ambulanten Pflegediensten für unsere Gesundheitsversorgung von grösster Wichtigkeit, und deren Ausbildung und Verankerung auch in ländlichen Regionen muss weiterhin hoch oben auf der politischen Agenda stehen. Leider muss ich auch aus eigener Erfahrung sagen: mehr Zusammenarbeit und weniger Konkurrenzdenken untereinander sowie gerade im Krisenfall die rasche Umsetzung von Vorgaben des Kantons sollten auch bei Ärztinnen und Ärzten selbstverständlich sein. Haus- und Kinderärztinnen sind zum Teil eine sehr heterogene Gruppe, die sich nicht immer gerne Empfehlungen erteilen lässt. Sie hätten aber dank des niederschweligen Zugangs zu verschiedenen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit, gegenüber den Behörden, aber auch gegenüber ihren Patientinnen einen sicheren Informationsfluss gewährleisten zu können.

Helen Schurtenberger: Noch nie beschäftigte die Gesellschaft eine Pandemie so stark und herausfordernd wie die Covid-19-Pandemie. Der Kanton Luzern musste rasch handeln und hat eine breit abgestützte Taskforce einberufen. Alle wichtigen Disziplinen sind in dieser vertreten, und die Anliegen aller können über diese Vertreter eingebracht werden. Wöchentliche Rapporte werden bis heute erstellt und an alle Stellen weitergeleitet. Die Taskforce musste jeweils alle Weisungen des Bundes prüfen, für den Kanton Luzern beurteilen und wiederum die Regeln und Weisungen spezifisch für den Kanton Luzern erstellen. Wir sind der Ansicht, dass die Taskforce sehr gute Arbeit geleistet hat und noch immer leistet. Die im Postulat geforderte grössere Einbindung der Haus- und Kinderärzte in die Taskforce finden wir so nicht unterstützungswürdig, sind sie doch mit den Vertretern der Vereinigung der Hausärzte darin eingebunden. Auch die Forderung, dass die Haus- und Kinderärzte das Contact-Tracing unterstützen oder übernehmen könnten, können wir nicht unterstützen, da dies zu sehr viel Mehraufwand führen würde. Der Bund ist in erster Linie

dafür zuständig. So müsste dieser extern viele Anbieter benachrichtigen. Diese müssten die Massnahmen umsetzen. Wenn die Massnahmen an eine Institution gelangen, erlässt diese einheitliche Massnahmen, und sie werden gleich umgesetzt. Mit einer dezentralen Lösung könnte dies eher schwierig werden. Eine Weitergabe von Testresultaten an die Grundversorger ist äusserst heikel. Es handelt sich dabei um besonders schützenswerte Personendaten, die nicht einfach weitergeleitet werden können. Hier appellieren wir an die Eigenverantwortung jedes Einzelnen, dass er dies seinem Hausarzt meldet. Die dezentrale Lagerung und Verteilung von Schutzmaterial sind aufwendig und unübersichtlich. Das Erstellen eines Katasters können wir nicht unterstützen, da dies wiederum mit grossem administrativem Aufwand verbunden wäre. Fraglich ist auch, ob die Ärzte ihre Daten wirklich freigeben würden, denn auch hier handelt es sich um schützenswerte Daten. Die FDP-Fraktion unterstützt die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Angelina Spörri: Den Unmut vieler Haus- und Kinderärzte können wir gut nachvollziehen, wurden sie doch in der ersten Pandemiewelle fast gezwungen, ihre Arztpraxen herunterzufahren, und sie landeten sozusagen auf dem Abstellgleis. Viele mussten sogar Kurzarbeit anmelden und haben trotzdem immer wichtige Aufgaben übernommen. Die GLP ist der Meinung, dass wir alle – und zuvorderst der Krisenstab – durch die ausserordentliche Lage der ständig ändernden und unsicheren Situation entsprechend flexibel und schnell handeln können. Dies wurde und wird mehrheitlich gut gemacht. Um effizient zu bleiben, darf ein Krisenstab nicht allzu gross sein. Doch es ist wichtig, Vertreter der verschiedenen Branchen und so auch eine Vertretung der Hausarztmedizin und – infolge der teils kontroversen Haltungen bezüglich Kinder und Schulen – eine Vertretung aus der Pädiatrie zu haben. Viele Vorschläge des Postulanten hören sich nachvollziehbar und sinnvoll an, die Stellungnahme und die Begründungen der Regierung aber auch. Einige Probleme wurden erkannt und teilweise behoben. Andere gute Ideen sind nicht möglich, da gesetzliche Grundlagen fehlen oder der Mehraufwand oder der Datenschutz Grenzen setzen. «Wir kommen jetzt hoffentlich langsam am Ende der Pandemie an», habe ich für die letzte Session geschrieben. Jetzt scheint das Ende doch noch nicht in Sicht. Trotzdem kommt irgendeinmal die Zeit der Analyse, der Nachbearbeitung und der Nachbesserung für zukünftige ausserordentliche Ereignisse, oder man ist schon laufend daran. Das ist wichtig, und hier fordern wir, dass die Kommunikation genau angeschaut und verbessert wird. Diese wurde aber in letzter Zeit immer besser. Die Bevölkerung, die verschiedenen Branchenvertretungen und auch die Politik müssen von Anfang an gut informiert werden. Es braucht eine transparente, offene und erklärende Kommunikation und einen besseren Einbezug der Grundversorger. So stärken wir das Verständnis und fördern gute und unterstützende Therapiemassnahmen sowie den Durchhaltewillen bei schwierigen Massnahmen und Aufgaben. Die GLP-Fraktion ist für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Gerda Jung: In diesem Postulat wird eine bessere Einbindung von Hausärzten und Kinderärzten in die Bekämpfung der Corona-Pandemie gefordert. Die Mitte erachtet es als sehr wichtig, dass in einer Pandemie alle relevanten Kanäle im Gesundheitswesen in den verantwortlichen Gremien eine Mitwirkungsmöglichkeit erhalten. Die Frage stellt sich immer wieder, in welcher Form diese erfolgen soll. In der Stellungnahme der Regierung wird umfangreich aufgezeigt, dass die geforderte Einbindung sehr wichtig ist und im Rahmen des Machbaren bereits aktiv umgesetzt wird. Somit unterstützen wir die Haltung der Regierung und stimmen für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Maurus Frey: Ja, es braucht jeden und jede von uns. Insbesondere braucht es die Einbindung aller Fachkräfte, um einen Umgang mit der Langzeitherausforderung Corona zu finden. Persönlich sehr geschätzt habe ich die wertschätzende Argumentation der psychologischen und fachlichen Begleitung. Danke dafür. Die Spitzen gegen die Taskforce verleihen dem Anliegen jedoch keinen zusätzlichen Schub. Wie der Postulant festhält, muss jeder und jede seine und ihre Rolle in dieser Zeit gewissenhaft und unter den besten Rahmenbedingungen ausüben können. So soll nicht nur die Ärzteschaft den notwendigen Einbezug und die richtigen Rahmenbedingungen erfahren, sondern das

Gesundheitspersonal als Ganzes. Mit Blick auf die kommenden Wochen gewinnt insbesondere die Begleitung der Kinder leider weiter an Bedeutung. Umso wichtiger ist es, die Kinderärzte richtig einzubinden. Die G/JG-Fraktion kann die Argumentation der Regierung nachvollziehen und unterstützt die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Das Postulat verlangt, dass Kinder- und Hausärzte bei der Bekämpfung der Pandemie besser einbezogen werden. Die Ärzteschaft ist in die kantonale Taskforce eingebunden, und sie ist ein wichtiger Leistungserbringer in der Bekämpfung der Pandemie. Aus dem Gesundheitsbereich sind auch noch die Spitex, die Alters- und Pflegeheime sowie die Spitäler dabei, und zwar sowohl öffentliche wie auch private. Das ist sehr wichtig, weil dort das Know-how vorhanden ist. Mich hat die Kritik von Bernhard Steiner etwas überrascht, dass die Luzerner Ärztesgesellschaft nicht zufrieden sei. Diese bestätigt mir etwas anderes, nämlich dass wir im Vergleich zu anderen Kantonen gut unterwegs sind. Der zweite Kritikpunkt, dass wir die Landschaft beim Impfen und Testen vernachlässigen würden, ist nicht korrekt. Wenn ich mir ansehe, wie viele Personen in Willisau geimpft worden sind oder was für Probleme wir beim Testen auf der Landschaft haben, und zwar in allen Wahlbezirken auf der Landschaft, ist diese Kritik unbegründet. Es gibt Hausarztpraxen, die über 1000 Personen geimpft haben. Aber es gibt auch sehr viele Hausarztpraxen, welche aufgrund der Entschädigung nicht impfen wollen. Das ist eine Tatsache. Ich bin froh, dass wir die Impfzentren haben und jetzt mobile Impfzentren aufbauen werden, welche vor allem die Gemeinden besuchen werden. Ich bin froh, dass wir von den Apothekerinnen und Apothekern und den Spitälern usw. unterstützt werden. Das ist die Ausgangslage. Die Einbindung der Kinderärztinnen und -ärzte in die Taskforce ist sicher ein guter Hinweis, und wir haben das umgesetzt. Das brauchen wir für die Zukunft. Aber keine Fachgesellschaft oder Berufsorganisation ist im kantonalen Führungsstab vertreten. Dieser setzt um. Die Anliegen der Taskforce werden beim kantonalen Führungsstab integriert. Die Weitergabe von Testergebnissen an den Hausarzt ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Es ist Sache der getesteten Person, was sie mit den Testresultaten macht. Zum Contact-Tracing und zur Auskunftsstelle: Beides muss der Kanton gewährleisten. Diese Verantwortung an die Hausärzte abzugeben, wäre nicht verantwortbar. Pro Tag bekommen wir im Moment zwischen 2000 und 4000 Telefonanrufe. Das wäre für unsere Hausarztpraxen unmöglich zu bewältigen. Das andere sind die Vorgaben des Bundes. Diese ändern ständig, sicher wöchentlich, und stellen selbst für den Kanton eine Herausforderung dar. Deshalb muss das Contact-Tracing wirklich beim Kanton bleiben. Das Schutz- und Verbrauchsmaterial, das angesprochen wurde, ist von den Gesundheitsbetrieben selber zu besorgen und zu bewirtschaften. Das können wir nicht zentral machen. Ein zentrales Lager wäre mit einem sehr hohen Aufwand und Kosten verbunden. Ich gehe hier davon aus, dass wir beim Schlussbericht über die Pandemie, der im Justiz- und Sicherheitsdepartement erstellt wird, nochmals darauf zu sprechen kommen werden. Abschliessend noch zum Kataster der Grundversorger: Aufgrund der Bewilligungspflicht der Ärzteschaft ist uns bereits heute bekannt, welcher Arzt in welchem Betrieb tätig ist. Das ist kein Problem. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, dieses Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt das Postulat mit 81 zu 18 Stimmen teilweise erheblich.